

Wie sag ichs meinem Volke (nicht)?

Über die Sünden der Politiker gegen Wahrheit und Wahrhaftigkeit und die sprachlichen Mittel ihrer Kaschierung

Wenn Politiker reden, stehen sie häufiger als die Angehörigen der meisten anderen Berufe in einem Konflikt zwischen Kommunikationsnormen unterschiedlicher Art. Die Imperative des Eigeninteresses (z.B. »Sage nichts, was der eigenen Position/Partei schadet!«, »Schwäche mit deiner Rede die gegnerische Position!«) fordern oft ein Reden, das nur schwer vereinbar ist mit den kommunikativen Geboten der Aufrichtigkeit und Fundiertheit.¹

In einer parlamentarischen Demokratie mit Parteienkonkurrenz und einem breiten Spektrum relativ unabhängiger Massenmedien können Politiker(innen) nicht unbedingt damit rechnen, daß über Sünden gegen die kommunikationsethischen Gebote der Mantel öffentlichen Schweigens gebreitet wird. Sie haben daher ein Interesse, solchen Vorwürfen zu entgehen oder sie ungerechtfertigt erscheinen zu lassen. Sie können dies,

1. indem sie die Sünde meiden,
2. indem sie die Sünde möglichst unauffällig begehen,
3. indem sie die Sünde zeitlich und situationell so plazieren, daß sie auf Vergeben und Vergessen rechnen können.

Die Alternativen 2 und 3 sind Hauptgegenstand dieses Beitrages. Denn über die Sünden der Politiker gegen Wahrheit und Wahrhaftigkeit zu schreiben, ist nahezu identisch damit, die Techniken ihrer Kaschierung und die Strategien ihrer möglichst geschickten Plazierung darzustellen.

Da keine Partei für sich in Anspruch nehmen kann, in kommunikationsethischer Hinsicht eine blütenweiße Weste zu haben, werden Beispiele von Vertreter(inne)n aller derzeitigen Bundestagsparteien aufgeführt. Deren unterschiedlicher Anteil an den Beispielen sagt lediglich etwas darüber aus, wessen Texte der Autor extensiver durchforstet hat. Daraus Schlüsse zu ziehen, wo die größeren Sünder sitzen, wäre unerlaubt.

Die Verstöße gegen die Gebote der Aufrichtigkeit und der Fundiertheit werden den folgenden Gesichtspunkten zugeordnet:

- Unaufrichtigkeit
- Leichtfertiges Versprechen
- Entstellung von Tatsachen
- Pseudoargumentation
- Pseudoevidenz

Die Beispiele beziehen sich auf Sünden von unterschiedlichem Schweregrad und mit unterschiedlichen Folgen: von der persönlichen und politischen Katastrophe eines Uwe Barschel bis hin zum bloßen Kopfschütteln vieler Zuschauer über Politiker(innen) in einer Fernsehdiskussion, die sich einer unangenehmen Frage zu entwinden suchen.

Unaufrichtigkeit

Unaufrichtig zu sein bedeutet zu versuchen, die Wahrheit – genauer: das, was man für wahr oder richtig hält, – zu kaschieren, indem man etwas davon gravierend Abweichendes oder gar das Gegenteil behauptet oder suggeriert. Ob solche Versuche erfolgreich sind, hängt nicht so sehr davon ab, wie virtuos der Politiker oder die Politikerin die rhetorischen Techniken beherrscht, den Eindruck zu erzeugen, fundiert zu reden, sondern erstens davon, für wie glaubwürdig er/sie von vornherein gehalten wird, und zweitens davon, welche Möglichkeiten der Überprüfbarkeit der Aussagen durch die Adressaten oder durch Personen bestehen, die in den Augen der Adressaten glaubwürdig sind.

Die Kalkulation mit der Wahrheit

Falls das Risiko der Entlarvung von Unaufrichtigkeit hoch ist, richten sich die Kalkulationen vor allem darauf, inwieweit der Zeitpunkt kontrollierbar ist, zu dem die Wahrheit ans Licht kommen darf, und darauf, mit welchen Mitteln die Reaktionen derjenigen, die von der Unaufrichtigkeit am stärksten betroffen sind, am wirkungsvollsten neutralisiert werden können:

Manchmal erscheint es nützlich, die Wahrheit möglichst spät herauszulassen, damit der gegnerischen Seite keine Zeit bleibt, eine wirksame Gegenfront aufzubauen. Ein typischer Fall ist die möglichst späte Offenbarung von Entscheidungen zur Einrichtung von Industrie-, Verkehrs- oder Deponieanlagen, durch die sich Anwohner beeinträchtigt fühlen.

Eine ähnliche Strategie ist es, die Wahrheit möglichst bis nach dem Wahltag zurückzuhalten. Hier setzt man auf den Zusammenhang von Adressaten(de)motivation und Zeit und rechnet mit der Wahrscheinlichkeit, daß bis zum nächsten Wahltermin andere Themen das politische Interesse auf sich gezogen haben, so daß nennenswerte Stimmeinbußen wegen der einstigen Verfehlung nicht mehr zu befürchten sind.

In anderen Fällen wird versucht, die Eröffnung unangenehmer Wahrheiten so zu portionieren, daß jede einzelne Portion für sich nicht genügend Mobilisierungskraft für wirksame Proteste besitzt. Manche hochschulpolitischen Spar- und Restriktionsmaßnahmen der letzten Jahre bieten Anschauungsmaterial für diese Strategie des Umgangs mit der Wahrheit.

Bei der Verfolgung solcher Strategien wird oft zweigleisig gefahren: Es wird unterschieden zwischen den Adressaten der politischen Entscheidung(en) und den Adressaten der politischen Propaganda. Die ersten zeichnen sich aus durch Betroffensein und/oder Sachkenntnis.² Bei den zweiten handelt es sich um den großen Teil der

Öffentlichkeit, der zwar am allgemeinen politischen Geschehen interessiert ist, aber in der speziellen Angelegenheit kaum engagiert, wenig betroffen und selten wirklich sachkundig ist.

Bei der ersten Gruppe nützt Propaganda wenig, dazu sind die Interessen und die Auswirkungen der politischen Entscheidungen darauf meist zu klar. Die öffentlichen Verlautbarungen der am Konflikt beteiligten politischen Kräfte sind vorwiegend auf die zweite Gruppe ausgerichtet. Bei ihr soll der Eindruck erzeugt werden, man handle im Interesse des Allgemeinwohls und mit Sachverstand; bei Regierungsvertretern kommt der Anspruch hinzu, man behandle alle Betroffenen fair und habe – auch bei Widerständen – die Sache letztlich im Griff. Um diese Adressatengruppe zu beeindrucken, genügen manchmal Argumente, bei denen Betroffene und/oder Sachkundige nur den Kopf schütteln können, die aber gut klingen und die wirken, weil diejenigen, an die sie adressiert sind, sie nicht überprüfen (können).

Lüge – und ihre Entlarvung

Zu anderen Interaktionsprozessen kommt es allerdings, wenn sich engagiertes Interesse der gesamten Öffentlichkeit an der Aufdeckung der Wahrheit mobilisieren läßt. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen sind weniger chaotisch als oberflächliche Betrachtung manchmal nahelegt. So folgte der Fall Barschel einem geradezu klassischen Interaktionsmuster mit ganz bestimmten Sprechhandlungen an ganz bestimmten Stellen – »Entlarven eines hartnäckigen Lügners« könnte man es nennen. Schematisiert stellt es sich so dar (die Bestandteile des Musters sind in Großbuchstaben geschrieben, die Konkretisierung im Falle Barschel = B steht stichwortartig in Normalschreibung darunter):

Angreifer

VORWURF

Pfeiffer behauptet im »Spiegel«
Engholm-Bespitzelung etc. auf
Veranlassung B.s

Angegriffener

ABSTREITEN

B. sei weder Anstifter noch Mit-
wisser der vorgeworfenen
Machenschaften

DISKRIMINIERUNG DER ANGREIFER

Pfeiffer sei Linker etc.; »Spiegel«
sei als »linke Kampfpresse«
unglaublich

UNTERMAUERUNG DER VORWÜRFE

»Spiegel«-Recherchen bringen
weitere Verdachtsmomente
gegen Barschel

WIDERLEGUNGSVERSUCH

Eidesstattliche Erklärungen B.s
und seiner Umgebung; B.s
Ehrenwort

WIDERLEGUNG DES WIDER- LEGUNGSVERSUCHS

Ergebnisse des parlamentari-
schen Untersuchungs-
ausschusses

EINGESTÄNDNIS

(B.s Selbstmord?)
CDU gibt zu, daß B.s
Darstellungen im wesentlichen
unwahr gewesen sind

Wörter als Lügner?

Bis jetzt sind die Sünden gegen das Aufrichtigkeitsgebot unter den Aspekten längerfristiger Strategien, Interaktionsmuster und Sprechhandlungsfolgen behandelt worden. Wo bleibt die Behandlung der »Wörter, die lügen«, wird manche(r) Leser(in) fragen. Dazu meine dezidierte Gegenposition: Unaufrichtig zu sein, ist keine Eigenschaft von Wörtern, sondern ein Verhalten von Menschen. (Im übrigen ist die sprachliche Form, in der gelogen wird, meist nicht das einzelne Wort, sondern der Satz oder der Text.)

Wenn jemand wider besseres Wissen einen politischen Gegner als »Linksradikalen« oder »Rechtsextremisten« bezeichnet, liegt die Unaufrichtigkeit nicht bei den Wörtern, sondern beim Sprecher.

Benutzt er diese Wörter hingegen in gutem Glauben, so spricht er aufrichtig, ob er seinem Gegner damit nun unrecht tut oder nicht. Eine andere Frage ist es, ob es sinnvoll ist, das politische Spektrum begrifflich und im Hinblick auf lebenspraktische Konsequenzen für Betroffene so zu gliedern, wie das in einem Wortfeld geschieht, das einerseits durch die Links-Rechts-Polarität und andererseits durch die extrem-/radikal-gemäßigt-Polarität bestimmt ist. Da geht es dann nicht mehr um Aufrichtigkeit, sondern darum, wie fundiert und berechtigt eine solche oder eine andere Aufteilung des politischen Spektrums ist.

Auch schönfärbische Wörter (»Euphemismen«), z.B. die berühmt-berüchtigte Prägung *atomarer Entsorgungspark*, sind nicht wirklich lügnerisch, solange alle – Sprecher wie Adressaten – wissen, was damit gemeint ist: eine Lagerstätte für Nuklearabfälle (oder »kakophemistischer« formuliert: eine Atommülldeponie). Nur dann, wenn für uninformierte Adressaten eigens ein Begriff kreiert wird, der die Wahrheit ausschließt oder das zentrale Merkmal des bezeichneten Sachverhalts gezielt verdunkelt, handelt es sich um »unwahre Begriffe«, z.B. wenn die Nazis das KZ Theresienstadt als *Reichs-altersheim* bezeichneten oder für systematische Mordaktionen den bürokratischen Euphemismus *Sonderbehandlung* einführten. Die Unwahrheit liegt darin, daß in Theresienstadt, nicht alte Menschen umsorgt, sondern ermordet wurden und daß das Töten von Menschen nicht unter »behandeln« fällt.³

Leichtfertiges Versprechen

Das Ansehen der Politiker als Zunft ist in der Bundesrepublik derzeit nicht hoch. Durchweg spricht man ihnen eine außerordentlich geringe Glaubwürdigkeit zu.⁴ Auf den ersten Blick hängt die Glaubwürdigkeit einer Person von der Einschätzung ihrer Aufrichtigkeit ab. Das stimmt nur zum Teil. Denn Glaubwürdigkeit verliert ein(e) Politiker(in) nicht nur, wenn er/sie beim bewußten Lügen ertappt wird, sondern auch, wenn sich seine Äußerungen an der Wirklichkeit als voreilig, leichtfertig, zu vollmundig – also unfundiert erweisen. Dies gilt vor allem für Versprechungen und Ankündigungen. Mit Beispielen können alle politischen Parteien dienen: Bundeskanzler Brandt (SPD) beteuerte zu Beginn der sozialliberalen Koalition auf der Basis einer wenig fundierten Prognose von 5% realem Wachstum jährlich die langfristige Finanzierbarkeit einer Vielzahl von Reformen und wurde dann durch die wirtschaftliche Entwicklung widerlegt. FDP-Vorsitzender Genscher erklärte beim Wahlparteitag der FDP am 6.6.1980, *Wer FDP wählt, garantiert, daß Schmidt Bundeskanzler bleibt*, und im Herbst 1982 vollzog die Partei unter seiner Führung die »Wende«. Bundeskanzler Kohl (CDU) versprach nach der »Wende« eine *geistig-moralische Erneuerung*, und es folgten Flick-, Kießling- und Barschel-Affäre mit Unions- und FDP-Politikern als Hauptbelasteten. Die Grünen traten an mit einem Plädoyer für einen *menschlichen Umgang* in der Politik und für mehr *Sanftheit* – und sie gingen schlimmer miteinander um als die Flügelkämpfer der anderen Parteien.

Oft ist nicht entscheidbar, ob bewußt die Unwahrheit gesagt wird oder ob unfundiert, aber guten Glaubens, geredet wird. Ganz unseriöse Argumente sind allerdings oft ein Indiz dafür, daß gleichzeitig gegen zwei Gebote gesündigt wird: »Rede aufrichtig!« und »Rede fundiert!« Wie es sich in den folgenden Fällen mit der Aufrichtigkeit verhält, lasse ich dahingestellt. Sie lassen sich jedenfalls leicht als Beispiele für unfundiertes Reden – und dessen Kaschierung – erweisen. Den breiten Bereich der Fälle, in denen gar nicht unabhängig von politischen Einstellungen entschieden werden kann, ob eine Äußerung fundiert oder ernsthaft strittig ist, welche Begründung zulässig ist oder Priorität haben soll, habe ich selbstverständlich ausgelassen. Denn dort handelt es sich nicht um Sünden gegen Kommunikationsgebote, sondern um politische Positionen.

Entstellung von Tatsachen

Um die Probleme auch für Nichtpolitiker und Nichtexperten, also für das Gros des Volkes, verständlich zu machen, ist es notwendig, ihre Komplexität durch vereinfachte Darstellung zu reduzieren. Um die politische Diskussion überschaubar zu machen, ist es unvermeidlich, sie auf wenige Alternativen zu beschränken. Und um Politik nicht fad werden zu lassen, müssen auch Gefühle, Sympathien und Antipathien angesprochen werden.

Die Sünden gegen das Gebot, sich an die Tatsachen zu halten, beginnen dort, wo die Vereinfachung zur Verfälschung, wo die Herausstellung von Alternativen in Polarisierung umschlägt und wo Gegnerschaft emotional zur Verteufelung und Sympathie zur Heiligenverehrung hochgepuscht wird.

Darüber, wo jeweils die Grenze liegt, wird man vielfach kaum unabhängig vom politischen Standort entscheiden können. Überschritten ist sie allerdings immer da, wo Standards, über die auch zwischen Parteien im Ernst kein Streit herrscht, verletzt werden und wo bei genauerem Hinsehen ganz deutlich ist: Hier wird – meist in der Hoffnung auf suggestive Wirkung bei den Adressaten – etwas gesagt, das wenig fundiert ist. Nur von solchen Fällen soll hier die Rede sein.

Simplifizierung

Dabei werden zentrale Merkmale des Sachverhaltes in seiner Darstellung unterschlagen, oft unter Hervorhebung anderer – unter Umständen weniger charakteristischer – Seiten des Sachverhalts. Richtet sich diese Art der Darstellung auf Personen oder Organisationen, so zielt dies meist darauf, in der Öffentlichkeit ein positives oder negatives Stereotyp (Image) zu etablieren.

Ein Beispiel für den Versuch, den Staat durch ein negatives Stereotyp auf entstellende Weise zu stigmatisieren, ist die systematische Verwendung des Begriffs *Atomstaat* als Bezeichnung für die Bundesrepublik. Ohne Beachtung der Tatsachen, daß die BRD verbindlich auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet hat, daß keine neuen Kernkraftwerke genehmigt werden, daß der Anteil der Atomenergie an der Energieerzeugung im Vergleich zu anderen Industriestaaten eher gering ist, daß die Kernkraftwerke laufend neue Sicherheitsauflagen bekommen und daß die Atomindustrie im Macht- und Interessengeflecht der BRD eine wichtige, aber keine beherrschende Rolle spielt, suggeriert das Schlagwort *Atomstaat*, daß hierzulande die *Atombosse alles im Griff haben*.

Vor allem umstrittene Politiker sind der Gefahr ausgesetzt, durch Stereotypisierung ein Negativimage zu erhalten. Es sind oft die Politiker, die selber Meister im Simplifizieren und Stigmatisieren sind, z.B. Franz-Josef Strauß. So versuchte in der »Elefantenrunde« 1987 Jutta Dittfurth (Grüne), den CSU-Vorsitzenden abzustempeln:

Sie sind ja seit etwa 30 Jahren einer der besten Vertreter der Interessen der Atomindustrie international.

Interessant ist nun Strauß' Reaktion. Aufgebracht fährt er ihr in die Parade:

Hören Sie bitte auf, von Interessenvertreter zu reden! Ich weiß genau, welche unerschwinglichen Behauptungen Sie damit verbinden. Solche Beleidigungen verbitte ich mir. Ich bin ein Politiker, der deutsche Interessen vertritt.

Dittfurths Attacke muß ihn doppelt reizen: Erstens, daß ihm, der sich als Ministerpräsident durch Amtseid auf die Wahrung des Allgemeinwohls verpflichtet hat, vorgeworfen wird, ein bloßer Interessenvertreter zu sein, und daß er damit »unerschwinglich« in den Ruch von Abhängigkeit, vielleicht sogar Käuflichkeit, gebracht werden soll – und das auch noch »international« (man soll an Schiebergeschäfte großen Stils o.ä. denken) – und zweitens, daß Dittfurth das nicht etwa zur Diskussion stellt, sondern – indiziert durch die Modalpartikel »ja« – wie etwas darstellt, das als quasi allgemein bekannte Tatsache in seinem Wahrheitsgehalt gar nicht mehr überprüft zu werden braucht.

Negative Stereotypisierung ist Imagepflege mit umgekehrtem Vorzeichen. Und Imagepflege ist der Versuch, ein positives Stereotyp von sich im öffentlichen Bewußtsein zu etablieren. Auch in dem Dittfurth-Strauß-Dialog steht gegen Stigmatisierung Imagepflege. Es ist ein Rückgriff auf das Stereotyp, das Franz-Josef Strauß über Jahrzehnte in das Zentrum seiner Imagepflege stellte, wenn er – statt z.B. zu sagen, er handele im Interesse des *Allgemeinwohls*, der *Bevölkerung* oder, was bei seinen Ämtern am nächsten gelegen hätte, *Bayerns* – betont: »Ich bin ein Politiker, der deutsche Interessen vertritt.

Eine andere Spielart der Simplifizierung ist es, nur »die halbe Wahrheit« zu sagen. Mit einem Kabinettsstück dieser Art eröffnete Helmut Schmidt seine Abschiedsrede als Bundeskanzler im Bundestag:

Die sozialliberale Koalition, deren gewählter Bundeskanzler heute durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden soll, hat 1980 durch die Wählerinnen und Wähler eine überzeugende Bestätigung und einen Auftrag für weitere vier Jahre bekommen.⁵

Das Verfassungsinstitut, über das Schmidt hier spricht, heißt korrekt nicht *Mißtrauensvotum*, sondern *konstruktives Mißtrauensvotum*; denn es besteht – so es erfolgreich ist – primär in einem Wahlakt und sekundär in einer Abwahl: Indem A gewählt wird, ist B abgewählt.

(Dementsprechend steht auf den Stimmzetteln eines konstruktiven Mißtrauensvotums nur der Name des als neuer Kanzler vorgeschlagenen.) Insofern ist das im Attribut *konstruktiv* gefaßte Merkmal »Wahl« sogar das vorrangige.

Verfassungsrechtliche Genauigkeit paßt jedoch nicht ins Konzept des Kanzlers, in der Eingangspassage seiner Rede die Situation als Königsmord durch den Verräter Genscher zu stilisieren. Darum wird *konstruktiv* unterschlagen, darum wird die thematisierte Seite in dunkles Licht getaucht (*gestürzt werden soll*), und darum ist das Spiel mit den Worten *gewählter und Wählerinnen und Wähler* so angelegt, daß möglichst in Vergessenheit gerät, daß nicht die *Wählerinnen und Wähler* der Wahlkörper für das Amt des Bundeskanzlers sind, sondern der Deutsche Bundestag.

Der Vollständigkeit halber sei vermerkt, daß die Simplifizierungen der Gegenseite nicht lange auf sich warten ließen. Die Eingangspassage der Regierungserklärung von Helmut Kohl liest sich als indirekte Antwort auf Schmidt: mit einer Stilisierung der »Wende« als Rettung des Vaterlandes aus großer Not und mit einer Alleinschuldzuweisung an die SPD für den Schwenk der FDP zur Union:

»Die Koalition der Mitte (= Versuch der Einführung eines positiven Stereotyps als Namen für die neue Koalition durch deren Chef, J.K.), zu der sich CDU, CSU und FDP zusammengeschlossen haben, beginnt ihre Arbeit in der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ... In drängenden Fragen der Innen- und der Außenpolitik ließ die SPD ihren eigenen Regierungschef im Stich. Bundeskanzler Schmidt verlor seine Mehrheit.«⁶

Tröstlich ist: Eine parlamentarische Demokratie läßt dem Volk mehr Chancen als Staatsformen mit einem Herrschaftsmonopol, sich aus den einander ergänzenden und relativierenden Dreiviertel- und Halbwahrheiten der machtkontrollierten Seiten ein eigenes, einigermaßen umfassendes Bild zu machen.

Emotionalisierung

Emotionalisierende Darstellung eines Sachverhalts verstößt dann gegen das Fundiertheitsgebot, wenn sie auf die Auslösung starker Emotionen zielt, die bei nüchterner Betrachtung des Sachverhaltes nicht gerechtfertigt sind. Für deren Erfolg sind Unkenntnis, Voreingenommenheit und Irrationalität der Adressaten Voraussetzung. In der Regel werden wichtige Merkmale des tatsächlichen Sachverhaltes verschwiegen und andere – vorhandene oder dazuerfundene – in eine Richtung übertrieben, die geeignet erscheint, die gewünschte Emotion zu stimulieren.

Ein Beispiel für das Schüren von Ängsten durch irreführende polemische Bezeichnungen sind die Schlagworte *Funktionärsherrschaft* und *Gewerkschaftsstaat* zur Bekämpfung der Forderung nach paritätischer Mitbestimmung. Abgesehen davon, daß beide Bestandteile des ersten Schlagwortes von sich aus schon eine Negativbewertung suggerieren (Beigeschmack von *Funktionär*: machtbessessen, unbeweglich, organisationshörig; Beigeschmack von *Herrschaft*: Tendenz zu Unkontrolliertheit und Unterdrückung), bedeutet *Herrschaft* so viel wie »umfassende, kaum oder gar nicht eingeschränkte Machtbefugnis über Menschen«. Doch die Forderung nach Erweiterung der Mitbestimmung zielt(e) auf 50:50-Besetzung der Aufsichtsräte und nicht auf Übermacht der Arbeitnehmervertreter, was die Mindestvoraussetzung dafür wäre, daß der mit dem Wort *Herrschaft* bezeichnete Sachverhalt Realität werden könnte.

Ähnliches gilt für *Gewerkschaftsstaat*. Wenn auch bei durchgängiger paritätischer Besetzung der Aufsichtsräte das Gewicht der Gewerkschaften größer würde, so blieben sie doch nur eine »pressure group« in Konkurrenz untereinander und mit anderen, vor allem mit den auch dann noch starken Vertretungen der Kapitaleseite. Sie stünden nach wie vor einem verfassungs- und wirtschaftsrechtlich unabhängigen Staat gegenüber.

Es gibt auch Emotionalisierung von der sanfteren Art. So wurde mit propagandistischen Zentralvokabeln der Brandt-Scheelschen Ostpolitik wie *friedliches Miteinander* und *Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn* u.ä. ein idyllisches Bild der ostpolitischen Zukunft gemalt, dem die politischen Möglichkeiten nur sehr bedingt entsprachen.

Polarisierung

Polarisierende Darstellung ist ein Verstoß gegen das Fundiertheitsgebot, wenn zwei Sachverhalte in ein Gegensatzverhältnis gebracht werden, das den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entspricht: Gegensätze werden übertrieben und Möglichkeiten ihrer Verträglichkeit ignoriert. Oft wird dabei zumindest einer der Sachverhalte gründ-

lich entsteht. Die berühmt-berüchtigten Unionsslogans im Bundestagswahlkampf 1976 sind ein Beispiel dafür:

Freiheit statt Sozialismus (CDU)
Freiheit oder Sozialismus (CSU).

In der Wahlkampfsituation (Union contra SPD) ist klar: Mit *Freiheit* soll die Politik der Union identifiziert werden, und mit *Sozialismus* ist die Politik der SPD gemeint. Die Polarisierung wird sprachlich realisiert durch die Präposition *statt* bzw. die Konjunktion *oder*. Unter suggestiver Ausnutzung der Namensgleichheit von demokratischem SPD-Sozialismus und unfreiheitlichem kommunistischen Sozialismus werden »Freiheit« und »Sozialismus« in die Beziehung wechselseitiger Unverträglichkeit gebracht, obwohl die deutsche Sozialdemokratie im Kampf um Freiheitsrechte unbestreitbar eine große Tradition hat – was man auch immer von sozialdemokratischer Politik im einzelnen hält.

Ein weniger spektakuläres Beispiel, das zeigt, wie groß die Neigung ist, auch sogenannte Sachdiskussionen mit polarisierenden Begriffsbildungen zu betreiben, stammt aus der Elefantenrunde »Drei Tage vor der Wahl« vom 3.3.1983. Zum Thema Wirtschaftspolitik führt FDP-Vorsitzender Genscher aus:

... wir sagen: ... Nicht eine Umverteilung, wie die SPD es behauptet, von unten nach oben, sondern von Verbrauch zu Investitionen, weil nur über Investitionen Arbeitsplätze neu und dauerhaft geschaffen werden können (eigene Transkription).

Das ist eine Polarisierung der Sehweisen, bei der unterstellt wird: Die eigene ist die richtige und die gegnerische die falsche. Daß die mit dem Schein der Unvereinbarkeit kontrastierten Sachverhalte durchaus verträglich miteinander sind, daß also die relativ größeren Einsparungen bei den finanziell Schwächeren (»Umverteilung von unten nach oben«) dazu beitragen können, den konsumptiven Teil des Bundeshaushalts zugunsten des investiven abzubauen (»Umverteilung von Verbrauch zu Investitionen«), wird aus Gründen der Profilierung bei der jeweiligen Klientel außer acht gelassen.

Pseudoargumentation

Argumentationen sind sprachliche Verfahren, um die Richtigkeit strittiger Positionen dadurch zu stützen, daß man sie als Konsequenz aus weniger strittigen, möglichst haltbaren Annahmen oder Positionen (Prämissen) erweist. Pseudoargumentation liegt vor, wenn etwas, das im sprachlichen Gestus des Argumentierens vorgetragen wird, seinem sachlichen Inhalt nach auch nicht annähernd geeignet ist, die strittige Position zu stützen. Je suggestiver die Techniken der Pseudoargumentation vorgetragen werden, um so größer ist die Chance, die Blößen zu decken, vor allem bei einem Publikum, das flüchtig oder unkritisch zuhört wie – in den Augen nicht nur vieler Politiker – das Gros des Fernsehpublikums. Darum ist es kein Zufall, daß die meisten folgenden Beispiele aus Fernsehauftritten von Spitzenpolitikern stammen.

Tautologie

Das zur Stützung eingesetzte Argument besagt im wesentlichen nichts anderes als die Position, die es stützen soll (X, weil X.). Der Redner muß allerdings schon sehr eloquent sein, um zu verbergen, daß er auf der Stelle tritt. Dem Kanzlerkandidaten Kohl des Jahres 1976 gelang dies, wie die kühle Reaktion des Hallenpublikums zeigte, nur mäßig, als er bei einer Fernsehdiskussion in den Siegerner Stahlwerken »Südwestfalen« auf die wiederholte Frage, warum die Union das 1976 zusammen mit der SPD-/FDP-Regierungskoalition verabschiedete nichtparitätische Mitbestimmungsmodell besser fand als das paritätische Modell der Montan-Mitbestimmung:

Ich kann nur sagen, daß ich davon überzeugt bin, daß das, was wir jetzt haben, eine hervorragende Möglichkeit ist, um Partnerschaft in der deutschen Wirtschaft – hier geht's vor allem um die Großbetriebe – zu üben. Und wir alle sind sicherlich in den nächsten Jahren noch sehr froh über dieses Modell ... Der jetzige Zustand ist sicherlich ein für unsere Bevölkerung und für die Arbeitnehmerschaft vernünftiger Zustand. Und Sie sehen es ja auch daraus, daß, seit dieses Gesetz verabschiedet wurde, die Luft aus dem Thema heraus ist.⁷

Das, was es den Fragen nach zu rechtfertigen galt, nämlich, daß dieses Modell angeblich so gut, so vernünftig, so partnerschaftlich ist, daß es dem Montan-Modell vorgezogen wurde, wird selbst als Rechtfertigungsgrund vorgetragen. Kohl tritt hier nicht etwa deshalb auf der Stelle, weil er die Gründe nicht kennt, sondern weil es ihm angesichts der Brisanz des gerade erst in den Hintergrund getretenen Themas viel zu riskant erschien, kurz vor dem Wahltag hierzu Substantielleres zu äußern.⁸

Unzulässige Verallgemeinerung

Die Logik kennt diesen Fall unter dem Namen »induktiver Fehlschluß«. Es wird von einem Fall auf viele oder alle anderen Fälle geschlossen. Dieser Kniff gewinnt suggestive Kraft vor allem, wenn jemand, der als Prototyp einer Gruppe gilt, sich selbst als Beispiel für die ganze Gruppe präsentiert. Dies tut z.B. Heiner Geißler im ZDF-Hearing »Ist die Republik käuflich?« (14.11.1984). Auf die von ihm selbst gestellte

Frage, ob die Bürger auf die Integrität, die Unbestechlichkeit der politischen Institutionen vertrauen können,

bezieht er Position:

und auf diese Frage möchte ich uneingeschränkt ja sagen.

Zur Stützung der Position führt er als (einziges) »Argument« an:

Ich bin jetzt 7 Jahre Generalsekretär der CDU, war 10 Jahre Landesminister. Und ich habe in dieser Zeit kein einziges Mal erlebt, ich persönlich, daß irgendjemand an mich herangetreten ist mit einer Spende, verbunden mit dem Wunsch, eine politische Entscheidung herbeizuführen; wenn er das getan hätte, wäre er zur Tür hinausgeflohen.

Die Verknüpfung von politischer Autorität, Authentizität und plastischer Sprache soll die Blöße der logischen Struktur (Wenn einer, dann alle) kaschieren. Doch Friedhelm Ost, damals noch ZDF-Journalist, hat aufgepaßt. Er nennt Gegenbeispiele:

Aber Herr Geißler, zeigt nicht gerade der Fall Flick ganz deutlich, und wenn man sieht, auch der Fall Barzel, daß doch ganz konkrete Wünsche mit der Hergabe von Spenden, mit der Hergabe von Geld verbunden sind. Ist wirklich der Fall Geld gegen politische Entscheidung ganz ungewöhnlich?

Und nun kommt eine Unverfrorenheit, über die der Sauertöpfige sich mokieren, der Zyniker schmunzeln darf: Geißler tut so, als ob nun Ost einen Induktionsschluß verwendet hätte – und diesen Trick, den er den Zuschauern gerade zugemutet hat, läßt er gegen sich selbst nicht gelten:

Es hat möglicherweise Versuche gegeben, aber das paßt ja in das Weltbild, nicht wahr, von Klein-Moritz, anzunehmen, daß durch eine Spende die Willensbildung oder der Willensbildungsprozeß einer politischen Partei beeinflusst werden könnte. Das ist bei einer großen Volkspartei absolut unmöglich, 800 Delegierte auf einem Parteitag lassen sich nicht beeinflussen durch Spenden gegenüber einzelnen Delegierten, und 250 Bundestagsabgeordnete einer Fraktion auch nicht.

Wenn einzelne unter Spendeneinfluß stehen, dann steht doch damit noch nicht die Partei oder die Fraktion – also die »politischen Institutionen« der Ausgangsfrage – unter Spendeneinfluß. Dieser Einwand gegen den induktiven Fehlschluß ist logisch korrekt. Die Sache hat allerdings einen Haken. – Und damit komme ich zum nächsten Typus von Pseudoargumentation.

Gleichsetzung von Ungleichen

Geißler tut hier so, als ob alle Delegierten bzw. Abgeordneten den gleichen Einfluß auf den »Willensbildungsprozeß« hätten. Daß die Steuerungsmöglichkeiten von Spitzenpolitikern – und um deren Spendenverwicklungen geht es ja – um ein Vielfaches höher sind als die eines »normalen« Abgeordneten und schwindelerregend höher als die eines Delegierten, der als Belohnung für 40jährige Basisarbeit mal zum Bundesparteitag fahren darf, wird bewußt außer acht gelassen.

Herstellen falscher Zusammenhänge

Sachverhalte, die nicht oder anders zusammenhängen, fälschlich zu verknüpfen, gelingt leicht gegenüber Adressaten ohne Sachkenntnis. Schwieriger wird es, wenn sie die Zusammenhänge beurteilen können, z.B. bei Fragen der Alltagsethik. Dann kann nicht einfach Unkenntnis ausgenutzt werden, sondern es bedarf suggestiver Mittel zur Täuschung eines urteilsfähigen Publikums. Dazu ein Beispiel im Zusammenhang mit der Barschel-Affäre:

Im »heute-journal« des ZDF (4. 12. 1987) wird der schleswig-holsteinische CDU-Vorsitzende Stoltenberg darauf angesprochen, ob es nicht angezeigt wäre, sich bei Engholm zu entschuldigen. Darauf blockt Stoltenberg die Entschuldigungsforderung folgendermaßen ab:

Mich und meine politischen Freunde bedrückt es sehr, daß nun doch eine wie auch immer geartete Beteiligung unseres früheren Ministerpräsidenten an diesen Vorgängen offenbar geworden ist. Ich bedaure das. Es belastet uns auch, daß u.a. auch der Spitzenkandidat der SPD betroffen ist. Wir haben uns geirrt, wenn wir allen Aussagen Uwe Barschels nach der Landtagswahl Vertrauen geschenkt haben. Aber ob Irrtum hier mit dem Begriff Schuld zu verbinden ist, das müßte sehr sorgfältig diskutiert werden. Dazu kann man in einem so kurzen Interview nicht abschließend antworten (eigene Transkription).

Stoltenberg suggeriert hier folgende Schlußkette:

Wer sich geirrt hat, ist nicht bzw. kaum schuldig. Wer nicht bzw. kaum schuldig ist, braucht sich nicht zu entschuldigen.

Diese Schlußkette hat die Chance, suggestiv zu wirken, weil sie dem Alltagsdenken entspricht. Der darin steckende Zusammenhang zwischen Irrtum, (Nicht-)Schuld und (Nicht-)Entschuldigung gilt jedoch nur, wenn diese sich auf den gleichen Sachverhalt beziehen.

Diese Voraussetzung ist jedoch nicht gegeben. Daß Stoltenberg und die CDU Barschel irrtümlich geglaubt haben, hat nichts mit der Frage der Entschuldigung bei Engholm zu tun. Stoltenberg bzw. seine Partei sollen sich ja nicht dafür entschuldigen, daß sie Barschel geglaubt haben (X), sondern für das, was hochrangige Wahlkämpfer der CDU – Barschel an der Spitze – Engholm angetan haben (Y).

Weil der von Stoltenberg suggerierte Zusammenhang zwischen Irrtum, Nichtschuld und Nichtentschuldigung nicht erfüllt ist, formuliert er so knapp und vag. Was man sich als Gegenstand der in Frage gestellten »Schuld« zu denken hat – daß man Barschel glaubte (X) oder was man Engholm angetan hat (Y) – bleibt gänzlich offen. Nur in dieser Vagheit besteht die Chance, den suggerierten Pseudozusammenhang »rüberzubringen«. Denn eine explizitere Formulierung würde die ganze Unhaltbarkeit dieser Pseudoargumentation offenbaren.

Es ist dann schon ein starkes Stück, wenn Stoltenberg seine Vagheit ausgerechnet damit zu rechtfertigen versucht, daß er etwas für notwendig erachtet, was er eigentlich fürchten muß: *das müßte sehr sorgfältig diskutiert werden*. Doch das suggeriert differenziertes Denken und legitimiert, angesichts der knappen Zeit, es dabei zu belassen.

Berufung auf Pseudoexperten

Je unübersichtlicher die zu entscheidenden Fragen sind, um so mehr müssen sich Politiker auf Experten verlassen. Die Frage der Fundiertheit einer Position kann dann letztlich nicht mehr durch die Politiker, sondern muß in der Debatte der Experten entschieden werden. Für die Politiker(innen) – und für die Medien – verschiebt sich das Problem auf die Standards, nach denen entschieden wird, wer als Experte zugelassen wird. Wenn es auch schwierig ist, solche Standards positiv zu bestimmen, so ist es durchaus möglich, einige Merkmale festzuhalten, die eine Anerkennung als fundiert urteilender Experte blockieren. Die Berufung auf Experten als unabhängige Instanz wird dann zum Pseudoargument,

- wenn, am Standard verfügbaren Sachverstandes gemessen, geringes oder kein Expertentum vorliegt;
- wenn zwar Expertentum vorliegt, aber nicht für den in Rede stehenden Bereich;
- wenn Expertentum im betreffenden Bereich vorliegt, der Experte aber abhängig ist von einer Seite, die an der Auseinandersetzung beteiligt ist.

Nicht unberechtigt erscheint da die Klage eines Kanzlerberaters über das, was nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl geschah:

Landesminister und Kommunalpolitiker konterkarierten die Informationspolitik der Bundesregierung und stützten sich dabei, wenn überhaupt, auf einzelne Sachverständige, etwa einen Hochschullehrer der Physik oder auf einen Gymnasiallehrer, die als selbsternannte Experten mit selbstgebauten Geigerzählern die Kontamination maßen und in den Medien ... ausführlich zu Wort kamen. Die Bewertung durch wissenschaftlich mehr oder weniger ausgewiesene Einzelpersonen wurde in dieser sensationsanfälligen Zeit dem Urteil der kompetentesten Fachleute (z.B. der Strahlenschutzkommission, J.K.) gleichgesetzt.⁹

Gegner-Diffamierung

Gegner-Diffamierung als Pseudoargument dient dazu, die Auseinandersetzung um die Inhalte der Position des Gegners zu verlagern auf dessen persönliche Schwächen u.ä., um so dessen Glaubwürdigkeit zu mindern. Dies war (siehe oben) der erste Gegenzug Barschels nach den Offenbarungen Pfeiffers im »Spiegel«. An diesem Fall wird die Schwäche des »Personenarguments« der klassischen Rhetorik¹⁰ deutlich:

Selbst wenn Pfeiffer ein Trinker wäre, selbst wenn man ihn für einen dubiosen Zeitgenossen hält, und selbst wenn der »Spiegel« nichts anderes als »linke Kampfpresse« wäre – was würde es ändern an den Wahrheiten, die aufgrund der Pfeiffer-Aussagen im »Spiegel« an den Tag gekommen sind?

Pseudoevidenz

Im Abschnitt »Entstellung von Tatsachen« ging es darum, als was die Tatsachen dargestellt werden, im Abschnitt »Pseudoargumentation« geht es darum, wie die behaupteten Tatsachen oder Positionen begründet werden; im letzten Abschnitt soll nun thematisiert werden, mit welchem Grad an Sicherheit eine Position behauptet werden darf. Die häufigste Sünde besteht darin, die eigene Position, obwohl sie strittig und angreifbar ist, so zu präsentieren, als ob sie evident und damit jedem vernünftigen Zweifel entzogen sei. Es geht um Kniffe zur Realisierung einer Strategie der Immunisierung gegen Zweifel und Kritik.

Angebliche Selbstverständlichkeit

Genausowenig wie die bloße, nicht weiter spezifizierte Behauptung, man habe etwas *aus guten Gründen* getan, selbst ein guter Grund ist, macht die bloße Behauptung *Das ist selbstverständlich* aus dem in Rede stehenden Sachverhalt eine Selbstverständlichkeit. Viele Politiker, insbesondere auch Helmut Kohl, benutzen diese und ähnliche Formulierungen (z.B. *selbstverständlich*, *natürlich* als Satzadverbien) so häufig, daß ich mir die Präsentation von Beispieltexten erspare. Die Erfolgserwartung, die Politiker(innen) damit verknüpfen, gründen in folgendem Zusammenhang: Etwas ist ein Selbstverständliches dadurch, daß es von allen Vernünftigen gleich beurteilt wird. Wer das Selbstverständliche bezweifelt, schließt sich aus dem Kreis der Vernünftigen aus. Die Selbstverständlichkeitsbehauptung suggeriert dem Adressaten: »Wenn Du daran zweifelst, muß an Deiner Vernunft gezweifelt werden.«

Die Angst davor, als unvernünftig dazustehen – vor allem dann, wenn man sich ein eigenes Urteil letztlich nicht zutraut –, soll die Adressaten hindern, Zweifel überhaupt erst aufkommen zu lassen: ein Spiel mit dem Selbstbild der Adressaten. Das Spiel kann allerdings nur funktionieren, wenn der Redner über ein Mindestmaß an Autorität verfügt und wenn der Adressat keine eigene Gewißheit über das Gegenteil des Behaupteten hat.

Verkappter wird diese Strategie realisiert mit Hilfe der Modalpartikel *ja*. Ihre Einfügung suggeriert Bekanntheit und Evidenz des Behaupteten. Ein Beispiel dafür ist oben schon analysiert worden, Jutta Ditfurths Attacke auf Franz-Josef Strauß:

Sie sind ja seit etwa 30 Jahren einer der besten Vertreter der Interessen der Atomindustrie international.

Angebliche Bekanntheit

Beliebt sind zwei Varianten: Die Behauptung allgemeiner Bekanntheit und die Behauptung, daß dem Kontrahenten etwas genau bekannt sei. In einem Fernsehstreitgespräch zwischen der stellvertretenden SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Hertha Däubler-Gmelin (D.) und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler (G.) werden beide Varianten massiv eingesetzt¹¹:

D. greift G. in Ton und Wortwahl massiv an wegen seiner Attacken auf politische Gegner, die sie schlagwortartig aufzählt. G. nennt dies *eine Aufzählung von Halbwahrheiten* und fordert sie auf, statt dessen *über konkrete Aussagen von mir* im einzelnen zu diskutieren. Sie geht darauf nicht ein und fordert ihn in Form einer »Frage« auf, sich in der Sendung öffentlich für Attacken auf Heinrich Böll und die FDP-Politikerin Hamm-Brücher zu entschuldigen. Darauf G.:

Aber Entschuldigung, Frau Däubler-Gmelin, sagen Sie doch bitte jetzt mal wortwörtlich, weswegen Sie diese Frage an mich stellen. Sie können doch nicht einfach ...

Da schneidet D. ihm das Wort ab mit folgender Einlassung:

Weil Sie doch bekannt sind dafür. Deswegen sind Sie doch hier in der Sendung, daß Sie Leute in die Nähe von Terroristen rücken; Sie sagen, sie seien kommunistisch gesteuert, es seien Handlanger Moskaus, fünfte Kolonne, Verbrecher, politische Verbrecher. Das sind alles Dinge, von denen wissen Sie doch, daß sie hier gesagt werden.

Und dann erfolgt die Sperrung gegen eine Problematisierung der Korrektheit dieses Katalogs sogar explizit:

Und, Herr Geißler, wissen Sie, über diese Dinge, über diese streite ich mich mit Ihnen nicht.

Daß sie zumindest teilweise fürchten mußte, mit den tatsächlichen Geißler-Äußerungen und deren Kontext konfrontiert zu werden, zeigt sich wenig später, als es Geißler schließlich doch noch gelingt, eine der inkriminierten Stellen wörtlich und im Kontext zu präsentieren.

Die Taktik, dem Kontrahenten zu unterstellen, er wisse sehr wohl selbst, daß die Vorwürfe gegen ihn korrekt seien, dient dazu, ihn als jemanden darzustellen, der das, was er sagt, gegen besseres Wissen sagt, ihn also indirekt zum Lügner zu erklären.

Im Hinblick auf die andere Variante, die Behauptung, daß über den Kontrahenten Schlimmes allgemein bekannt sei, so daß es näherer Begründung nicht mehr bedarf, läßt sich Däubler-Gmelins Verhalten wohl am plausibelsten deuten als ein früher Beitrag zu einer 1985 voll entfalteten Kampagne der SPD gegen Geißler, die ihre Höhepunkte fand in einem öffentlich inszenierten Wutausbruch Willy Brandts in der Fernsehsendung »Bonner Runde« am Abend der NRW-Landtagswahl, als er Geißler mit Goebbels verglich (*Ein Hetzer ist er, seit Goebbels der schlimmste Hetzer in diesem Land*, Aachener Nachrichten, 14.5.1985) und einer kurz danach vom SPD-Vorstand herausgegebenen Broschüre »Die Methode Geißler. Eine Dokumentation«. Stigmatisierung dieser Art, darauf hofft wohl Däubler-Gmelin, ist am wirkungsvollsten, wenn ihr Inhalt als jeder Diskussionswürdigkeit entzogene unbezweifelbare Tatsache »bekannt« ist.

Hier ist eine Strategie auf Geißler als Person gerichtet, wie sie dieser selbst jahrelang gegen die SPD als Partei gefahren hatte – insofern stützt sich die genannte SPD-Broschüre trotz teilweise unvollständiger, partieller Darstellung der Kontexte der beanstandeten Geißler-Worte durchaus auf Tatsachen.

Unhaltbares im Windschatten von Evidentem

In der rhetorisch glänzenden Eingangspassage der oben schon einmal zitierten Abschiedsrede Helmut Schmidts als Bundeskanzler heißt es im Kontext seiner Abrechnung mit der FDP:

Am letzten Sonntag hatten die hessischen Wählerinnen und Wähler Gelegenheit, hierzu ihre Meinung zu sagen. Jeder weiß: Die katastrophale Niederlage der FDP in Hessen war die Antwort der Wähler auf das Verhalten der FDP-Führung hier in Bonn.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP.)

Mehr als drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger sind für Neuwahlen zum Bundestag. Sie empfinden die Art des Wechsels, der heute von Ihnen in geheimer Abstimmung herbeigeführt werden soll, als Vertrauensbruch.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei Abgeordneten der FDP.)

Sie sind bitter darüber, vorausgegangene Erklärungen nachträglich als Täuschung bewerten zu müssen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP.)¹²

Nach der Feststellung im Eingangssatz werden – markiert durch *Jeder weiß*: – zunächst zwei damals durchaus evidente Fakten konstatiert:

Die katastrophale Niederlage der FDP in Hessen war die Antwort der Wähler auf das Verhalten der FDP-Führung hier in Bonn.

und

Mehr als drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger sind für Neuwahlen zum Bundestag.

Auch das war eine Zahl, die durch Meinungsumfragen gut gestützt war, die durch alle Medien gegangen und nicht bestritten worden war.

Als Adressat(in) ist man gerade dabei, sich zu bestätigen, daß einem diese vom Kanzler repetierten Fakten als wichtige Daten im aufregenden Gesamtgeschehen bekannt sind – daß der Kanzler also etwas sehr Wahres sagt – da kommen, im gleichen Ton vorgetragen, mit identisch bleibendem Subjekt, folgende Sätze:

Sie empfinden die Art des Wechsels ... als Vertrauensbruch. Sie sind bitter darüber, vorausgegangene Erklärungen nachträglich als Täuschung bewerten zu müssen.

Sie sind bei genauerem Hinsehen so unhaltbar, daß sie nur eine Chance hatten, im Windschatten der vorherigen Evidenzen mitzusegeln. Denn Schmidt springt hier in Wahrheit auf die Ebene der Spekulation. Nach den Motiven derer, die sich für Neuwahlen ausgesprochen hatten, war in den Meinungsumfragen gar nicht gefragt worden und daher auch nichts bekannt. Darüber hinaus behauptet Schmidt höchst Unplausibles. Unter den »mehr als drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger« müssen ja auch sehr viele Anhänger der Union gewesen sein, sonst wäre diese Zahl nicht möglich, und deren Motivation war – das konnte man damals landauf, landab bei CDU-Politikern und CDU-Anhängern hören – wohl weniger »Bitterkeit« über das FDP-Verhalten, sondern die Intention, daß »ihre« Regierung möglichst bald nicht nur mit der Macht, sondern auch mit dem Segen der Wählermehrheit ausgestattet würde.

Schlußbemerkung

Was hier als größere oder kleinere Sünden der Politiker gegen Wahrheit und Wahrhaftigkeit und als Mittel zu deren Kaschierung oder risikoarmer Realisierung dargestellt wurde, hat natürlich seine Gründe. Diese darzustellen, würde den vorgegebenen Rahmen sprengen und über die Kompetenz des Sprachwissenschaftlers wohl auch hinausgehen. Ich will nur drei stichwortartig andeuten:

1. Es handelt sich um Verhaltensweisen und Techniken, die es in allen oder fast allen Bereichen der Gesellschaft gibt; und deren Repräsentanten schließlich sind die Politiker(innen).
2. Die Öffentlichkeit politischen Handelns, verstärkt durch den Druck der Medien auf Politiker(innen), zu jeder – und gerade auch zu den für sie unangenehmen Zeiten – sich zu äußern, läßt ihnen manchmal kaum eine andere Wahl, als sich kommunikationsethische Freizügigkeiten zu erlauben, zumal sie
3. damit rechnen können, daß Medien, Interessengruppen und Bürger gegen sie, die Politiker(innen), mit gleichen Mitteln vorgehen wie die oben beschriebenen.

Anmerkungen

- 1 Sie entsprechen den Maximen der Qualität im berühmten kommunikationsethischen Konzept von H. P. Grice (1968/1979).
- 2 Oft spielt sich der politische Konflikt zwischen Gruppen ab, die Betroffenen und Sachverstand in konträrer Weise einbringen, z.B. zwischen Arbeitnehmerorganisationen und Gewerkschaften.
- 3 Zum »Euphemismus« und den NS-Beispielen vgl. Hannappel/Melenk, 1979, S. 272f.
- 4 Vgl. dazu eine Zeitungsnotiz über eine von etlichen Meinungsumfragen, deren Ergebnisse alle die gleiche Tendenz aufweisen: »Wie das Hamburger Magazin »Stern« am Mittwoch vorab berichtete, gaben 70% der Befragten bei einer repräsentativen Umfrage im Juni an, wenig oder gar kein Vertrauen zur Politik in der Bundesrepublik zu haben. Mehrheitlich bewerteten die Teilnehmer an der Umfrage die Bonner Politiker als »trickreich« und »machthungrig«; die Charaktereigenschaften »verschlagen« und »skrupellos« schrieben ihnen 30 Prozent zu« (Aachener Nachrichten, 7.7.1988, S. 1).
- 5 Aus: »Das Parlament«, 9.10.1982, S. 1.

- 6 Aus: »Das Parlament«, 23.10.1982, S. 1.
- 7 Aus: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Kommentarübersicht Fernsehen/Rundfunk (24.9.1976), S. 15 (ZDF, 23.9.1976) Bürger fragen – Politiker antworten.
- 8 Näheres dazu in J. Klein, 1981, S. 6ff.
- 9 W. Bergsdorf, 1988, S. 36.
- 10 Vgl. C. Perelman, 1980, S. 103.
- 11 Aus »Schlag auf Schlag«, ARD, 4.10.1984. Verschriftung von M. Pelka; Unterstr. von J. K.
- 12 Aus: »Das Parlament«, 9.10.1982, S. 1.

Literaturhinweise

- Aristoteles, 1980: Rhetorik (Übers. u. Kommentierung v. F. G. Sieveke). München.
- Bergsdorf, W., 1983: Herrschaft und Sprache. Studien zur politischen Terminologie in der Bundesrepublik Deutschland. Pfullingen.
- Ders., 1988: Über die Macht der Kultur. Kommunikation als Gebot der Politik. Stuttgart.
- Dieckmann, W., 1985: Wie redet man »zum Fenster hinaus«? Zur Realisierung des Adressatenbezugs in öffentlich-dialogischer Kommunikation am Beispiel eines Redebeitrags Brandts. In: Sucharowski, W. (Hrsg.): Gesprächsforschung im Vergleich. Analysen zur Bonner Runde nach der Hessenwahl '82. Tübingen, S. 54–76.
- Grice, H. P., 1968/1979: Logik und Konversation. In: Meggle (Hrsg.): Handlung, Kommunikation, Bedeutung. Frankfurt 1979, S. 243–265.

- Habermas, J., 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 1 u. 2. Frankfurt.
- Hannappel, H./Melenk, H., 1979: Alltagssprache. Semantische Grundbegriffe und Analysebeispiele. München.
- Heringer, H. J. (Hrsg.), 1982: Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. München.
- Holly, W./Kühn, P./Püschel, U., 1986: Fernsehdiskussionen. Zur medien-spezifischen Realisierung von Propaganda als Diskussion. Tübingen.
- Klein, J., 1981: Sprachstrategien zur innerparteilichen Konfliktvermeidung oder Wie ist die Rekonstruktion interaktionaler Bedeutung möglich? In: Klein, J./Presch, G. (Hrsg.): Institutionen, Konflikte, Sprache. Tübingen.
- Ders., 1987: Die konklusiven Sprechhandlungen. Studien zur Pragmatik, Semantik, Syntax und Lexik von Begründen, Erklären – Warum, Folgern und Rechtfertigen. Tübingen.
- Ders., 1988: Bewertungen des Diskussionsverhaltens von Spitzenpolitikern in Fernsehstreitgesprächen durch Jung- und Erstwähler. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht, H. 61, S. 79–87.
- Ders. (Hrsg.), 1989: Politische Semantik. Opladen.
- Lübbe, H., 1967/1982: Der Streit um Worte. Sprache und Politik. In: Heringer, 1982, S. 48–69 (erstmalig 1967).
- Perelman, C., 1980: Das Reich der Rhetorik. Rhetorik und Argumentation. München.
- Sarcinelli, U. (Hrsg.), 1987: Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Bonn.

Dr. Josef Klein ist Privatdozent am Lehrstuhl für deutsche Philologie der RWTH Aachen.